

Frühfranzösisch-Gesetz: «Das wäre ein Eigengol»

Morgen entscheidet sich, ob der Streit ums Frühfranzösisch ein Fall für die Bundespolitik wird. Die Bildungskommission des Nationalrats berät einen Vorstoss, wonach der Bund den Kantonen Frühfranzösisch vorschreiben soll. Der Thurgau wehrt sich gegen eine Einmischung des Bundes.

CHRISTOF WIDMER

FRAUENFELD. Der Entscheid des Thurgauer Grossen Rats gegen Frühfranzösisch und ähnliche Vorstösse in weiteren Kantonen lösen in Bern Hektik aus. Morgen wird die Bildungskommission des Nationalrats entscheiden, ob sie eine Bundeslösung für die Fremdsprachen will. Auf dem Tisch liegt ein Vorstoss, wonach der Bund den Kantonen eine zweite Landessprache in der Primarschule vorschreiben würde.

Gegen den Vorstoss wird sich die Thurgauer SVP-Nationalrätin und Frühfranzösisch-Gegnerin Verena Herzog wehren. Sie ist Mitglied der Bildungskommission. «Es ist sinnvoll, wenn diese Frage in kantonaler Hoheit

bleibt», sagt Herzog. Die Kantone sollen Lösungen wählen, von denen die Kinder am meisten profitieren. Die Kantone an der Sprachgrenze hätten als erste Fremdsprache Französisch, die anderen Kantone setzten auf Englisch, sagt Herzog. Ziel bleibe aber ein mindestens gleich gutes Niveau in Französisch am Ende der Sekundarschule wie heute.

Knill: «Völlig verfehlt»

«Es wäre völlig verfehlt, wenn sich der Bund einmischen würde», sagt auch die Thurgauer Erziehungsdirektorin Monika Knill. Entscheidend für sie ist, dass das Sprachengesetz des Bundes den Kantonen heute vorschreibt, dass die Schüler am Ende der Volksschule in einer

zweiten Landessprache und in Englisch bestimmte Kompetenzen haben müssen. Es liege in der Verantwortung der Kantone, wie sie das erreichen, sagt Knill.

«Es wäre fatal, wenn der nationale Zusammenhalt heute von zwei Lektionen Französisch an der Primarschule abhängen würde», sagt Knill. Sollte der Bund nun den Kantonen die zweite Landessprache in der Primarschule vorschreiben, könnte das kontraproduktiv für die Zusammenarbeit im Bildungsbereich sein, warnt sie. «Eine solches Gesetz würde unnötigerweise politische Gräben aufreißen und zu Frustration führen.» Schlimmstenfalls würde die zweite Landessprache im Dienst nach Vorschrift vermittelt. «Das

gäbe ein riesiges Eigengol und würde wohl den kulturellen Austausch unter den Sprachregionen kaum fördern», sagt Knill.

SP will, dass Bund eingreift

Die Thurgauer SP würde es dagegen begrüessen, wenn der



Bild: Reto Martin

Monika Knill
Regierungsrätin, Departement für Erziehung und Kultur

Bund sich in den Fremdsprachenstreit einschaltet. Der Bund müsse verhindern, dass ein Flickenteppich entsteht, wenn weitere Kantone dem Thurgauer Beispiel folgen, sagt SP-Präsidentin und Kantonsrätin Barbara Kern. Unterschiedliche kantonale Lösungen widersprechen dem Harmonisierungsgebot des Bundes. Eine Familie soll über die Kantonsgrenze zügeln können, ohne dass die Kinder in der Schule mit einem anderen Fremdsprachenniveau konfrontiert werden, sagt Kern. «Wenn die Kantone dazu nicht fähig sind, soll der Bund dahinter.»

Häberli mahnt zur Vorsicht

Ob es dazu kommt, ist selbst nach einem Ja der Nationalrats-

kommission fraglich. Im Ständerat gebe es Vorbehalte gegen solche Vorstösse, sagt CVP-Ständerätin Brigitte Häberli, Mitglied der Bildungskommission der kleinen Kammer. Es sei jetzt Sache der Kantone, eine Lösung zu finden. Häberli ist zuversichtlich, dass sie das schaffen.

Sie persönlich hat ursprünglich den Französisch-Unterricht ab der fünften Klasse unterstützt. Nachdem nun hätten Erfahrungen gesammelt werden können, sei es aber an der Zeit, über die Bücher zu gehen. Sie nehme zur Kenntnis, dass sich viele Lehrer gegen zwei Fremdsprachen an der Primarschule aussprechen. Für sie sei zentral, ob Frühfranzösisch von den Lehrern getragen werde, sagt Häberli.